

## zu A. b) Forderungen und Grundsätze

Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten...

### **Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!**

Nein, „Zehn kleine Negerlein...“, das geht nicht! Und „Lustig ist das Zigeunerleben...“, ja, wo sind wir denn – das geht erst recht nicht; im Internet heißt es an einer Stelle dazu: ‚lustig ist es im grünen Wald‘, da müsse man gleich an Buchenwald und das ‚Leben im KZ‘ denken! „Schoko- oder Schaumküsse“ statt „Negerküsse“, „Sarotti-Mohr“? U-Bahnhof Möhrenstraße statt Mohrenstraße?

In Verlautbarungen von Polizei, Feuerwehr und anderen Behörden des öffentlichen Dienstes, auf Plakaten des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg, bei Versicherungen, in Pressemeldungen, kurzum: täglich und hundertfach springt mir der Begriff „Vandalismus“ ins Auge. So auch wieder am 27.12.2011 mehrmals in der „Abendschau“ von „RBB Radio Berlin Brandenburg“, tags darauf springen mir auf der Titelseite der (von mir) angesehenen Wochenzeitung DIE ZEIT „Die Vandalen“ ins Auge. Warum versagen hier die „Wertehüter“ unserer Gesellschaft? Sie wollen doch nicht durch solche und andere „Lässigkeiten“ den Rechtsextremismus fördern?

Wie kann das sein. „Vandalismus“, d.h. „blindwütige Zerstörung von Kulturgütern usw.“ Ein ganzes Volk dient da für eine herabsetzende Begriffsbildung! Das Volk der Ostgermanen ist zwar von der Erdoberfläche schon vor rund 1.500 Jahren verschwunden, aber sie hinterließen uns auch zwei europäische Landschaftsnamen: nach dem vandalischen Teilstamm der Silingen die deutsche und polnische Bezeichnung für ihre alte Heimat „Schlesien“ (poln. Śląsk) und den Namen von „Andalusien“ auf der Iberischen Halbinsel, dem Durchzugsland auf ihrem Weg unter König Geiserich in ihr letztes Reich um Karthago in Nordafrika.

Der verleumderische Begriff „Vandalismus“ geht auf den lothringischen Abbé Henri Grégoire in der Zeit der Französischen Revolution zurück.

**(Näheres s. <[www.westpreussen-berlin.de/Mitt86/LW\\_86\\_1-6\\_Vandalismus\\_Jan-Maerz\\_2012\(1\).pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/Mitt86/LW_86_1-6_Vandalismus_Jan-Maerz_2012(1).pdf)>).**

Dieser Begriff hat keine historische Berechtigung. Warum hat der Abbé Grégoire aus den vielen Wandervölkern der Völkerwanderungszeit gerade die Vandalen herausgegriffen? Es hätte doch viele andere Möglichkeiten gegeben: die Hunnen, die furchtbare Plünderung Roms im Mai 1527 (*Sacco di Roma*) des Connetable de Bourbon...? Nicht Vandalen waren es, die Raffaels Gemälde aufschlitzten, auch wenn das viele heutzutage glauben.

Fortgesetzte Bemühungen ernsthafter Schriftsteller und Historiker haben es bis heute selbst unter der Fahne der „political correctness“ nicht erreicht, von diesem falschen und ein ganzes Volk brandmarkenden Begriff des „Vandalismus“ abzugehen. In der Google-Suchmaschine bekam ich in 0,14 Sekunden die Anzeige von 450.000 Meldungen zu „Vandalismus“, und hier auf den ersten zwei Dutzend Seiten - bis auf den Wikipedia-Artikel zu dem Begriff - nur Meldungen zu „blindwütiger Zerstörungswut“ in unserer Gesellschaft der Gegenwart.



Die Geschichte der Menschheit hat viele Beispiele, die zeigen, dass ein als aussichtslos erscheinender Kampf gegen Unrecht und Unwahrheit letztendlich erfolgreich sein kann.

Fangen wir damit an, bekämpfen wir die Verwendung dieses verleumderischen Begriffs in der Gesellschaft, wehren wir uns gegen die Verletzung auch unserer geschichtlichen Grundlagen.

**Der Begriff „Vandalismus“ ist unnötig, verzichtbar, nicht annehmbar!**

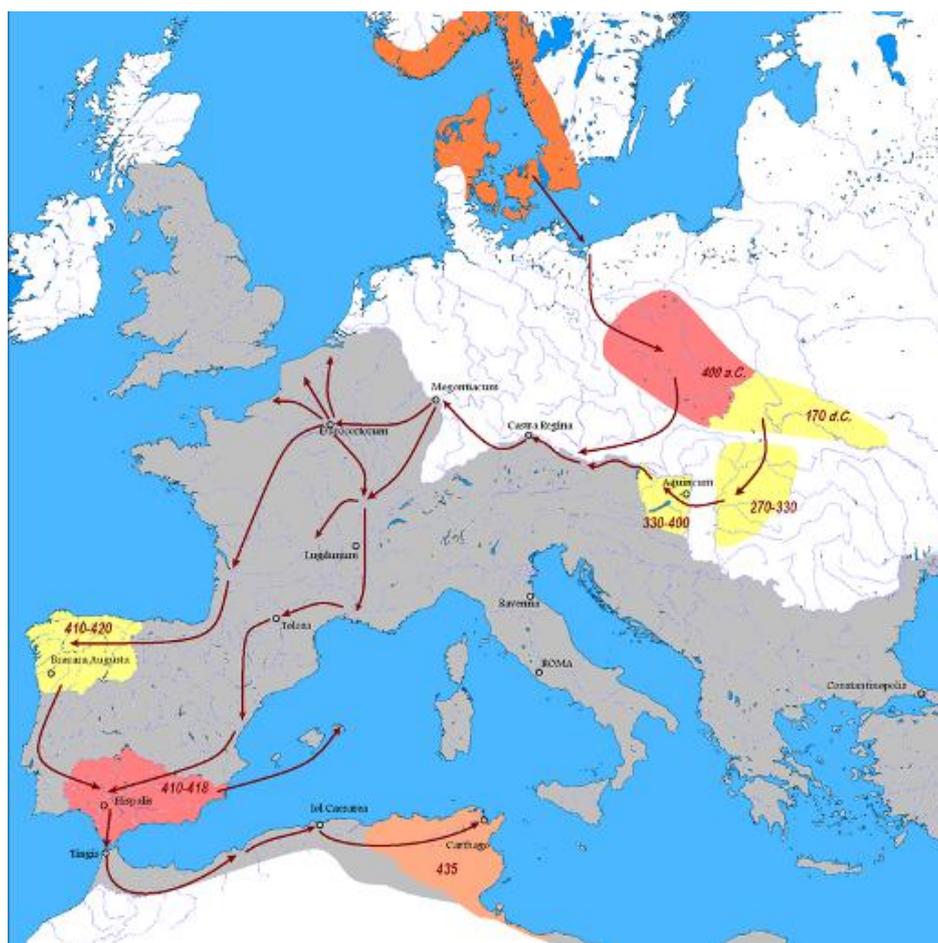
**Er ist zu brandmarken!**

Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke (V.i.S.d.P.)

### Landmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, 12167 Berlin, Ruf: 030-253 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage

[www.westpreussen-berlin.de](http://www.westpreussen-berlin.de), [westpreussenberlin@gmail.com](mailto:westpreussenberlin@gmail.com)



Mutmaßliche Wanderungen der Vandalen bis ca. 435 n. Chr. Eine Herkunft aus dem skandinavischen Raum entspricht jedoch nicht dem heutigen Forschungsstand.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Vandalen#/media/File:Vandals\\_Migration\\_it.PNG](https://de.wikipedia.org/wiki/Vandalen#/media/File:Vandals_Migration_it.PNG)





## „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

**Bankverbindung  
Deutsche Bank Bonn**

BdV Förderverein

**IBAN:**

DE54 3807 0059 0077 0107 00

**BIC:**

DEUTDEK380



## **Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!**

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen  
H. P. Brogiato

### **Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften Heimatzeitschriften erbeten**

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato  
Leibniz-Institut für Länderkunde  
GZB – Heimatzeitschriften  
Schongauerstr. 9  
04328 Leipzig

E-Mail: [h\\_brogiato@ifl-leipzig.de](mailto:h_brogiato@ifl-leipzig.de)  
Tel.: 0341 600 55 126



## 01) Die Gewöhnung an das Unrecht. Von Gernot Facius

Was für ein Jahr! 2018 zeigte sich Europa im Krisenmodus. Alte Gewissheiten wurden Makulatur. Politische Stabilität ging verloren, Regierungen wanken. Einstige Hoffnungsträger werden entzaubert. Die Berliner Koalitionäre hangeln sich in diesem Advent von Kompromiss zu Kompromiss - und denken insgeheim schon an andere Konstellationen. Und Monate vor dem Jubiläum ihrer samtene Revolution des Jahres 1989 drohen Václav Havels politische Erben im Morast bizarrer Affären zu versinken. Tschechiens Wirtschaftsdaten weisen weiter nach oben: dieses Faktum garantiert eine gewisse Ruhe in der Bevölkerung. Aber die politische Moral im Lande tendiert gegen Null. So hat sich Ende der 1990er Jahre der inzwischen verstorbene Kardinal Vlk ausgedrückt. Dieser Befund ist heute so aktuell wie damals. Fast drei Jahrzehnte nach dem Sturz der roten Diktatur wäre es eigentlich höchste Zeit, ein glaubwürdiges Zeichen der Verständigung und des Ausgleichs an die 1945/46 vertriebenen ehemaligen deutschen Mitbürger zu senden. Doch in Prag herrscht eisiges Schweigen. Man verschanzt sich weiter hinter der ominösen Deutsch-Tschechischen Erklärung vom Jänner 1997: sie wird als Schlusstrich unter die Vergangenheit gedeutet. Präsident Miloš Zeman hat bei seiner Potsdam-Visite im September mit der Beteuerung Eindruck zu schinden gesucht, dass Prag, anders als Warschau, keine Reparationsforderung an Deutschland stellen werde. Einige naive Gemüter sind ihm auf den Leim gegangen, sie haben ignoriert, dass Tschechien bis heute auf riesigen Vermögenswerten der Vertriebenen sitzt. Wer daran rührt, hat Zeman in Potsdam zu Protokoll gegeben, sei ein Friedensstörer. Solche Art Rhetorik kennt man noch aus der Vor-Wende-Zeit, da unterscheidet sich die Prager Elite von heute nicht wesentlich von ihren kommunistischen Vorgängern.

Es gab einmal die – zugegeben: vage - Hoffnung, nach dem tschechischen Beitritt zur Europäischen Union würden sich die aus der Vergangenheit herrührenden bilateralen Probleme im „europäischen Geist“ lösen lassen. Ein Trugschluss, wie sich bald herausgestellt hat. Nicht einmal eine symbolische Entschädigung für das geraubte sudetendeutsche Eigentum kam zustande. Die Frage ist nur zu berechtigt: Wer wird 2019, wenn das EU-Parlament neu gewählt wird, den Mut aufbringen, an die ungelösten vermögensrechtlichen und moralischen Probleme, die das deutsch-tschechische Verhältnis belasten, zu erinnern? Weder in Berlin noch in München sind derzeit konstruktive Ansätze zu erkennen. Prag kann darauf bauen, dass die Macht des Faktischen, die Gewöhnung an das Unrecht, in der „Wertegemeinschaft“ EU stärker ist als der Wille, sich von Lasten der Vergangenheit zu lösen. Keine guten Aussichten für 2019.

Dieser Kommentar von Gernot Facius erschien in der Sudetenpost Folge 12 vom 6. Dezember 2018.

Sie können die Sudetenpost – die monatlich erscheint – im Inland um € 33,--, in Deutschland und im EU-Raum um € 39,-- und in Übersee um € 65,-- beziehen.

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich*

## 02) Dubioser Pakt. Von Gernot Facius

Die Vereinten Nationen, die so einig nicht sind, wie ihr Name suggeriert, haben einen Pakt geschmiedet, der die Spaltung der Weltorganisation weiter vertieft. Mit dem Vertragswerk unter dem harmlos anmutenden Titel „*Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration*“ wird vor allem die Vermischung der Begriffe Zuwanderung und Asyl auf die Spitze getrieben. Den Lesern der „Sudetenpost“, wie überhaupt Menschen, die Vertreibung und Flucht persönlich erlebt haben, wird man Mitgefühl mit den armen Teufeln nicht absprechen können, die vor Gewalt und Armut in ihren Heimatländern fliehen. Aber



aus vielen Wortmeldungen spricht die Sorge, dass eine Grauzone rechtlicher Unverbindlichkeit geschaffen wird, die aber, wie Völkerrechtler zu bedenken geben, dennoch den Eindruck der Verbindlichkeit erweckt. Sie halten es vielmehr mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz. Seine Forderung: Das Entstehen eines völkerrechtlichen Gewohnheitsrechts müsse verhindert werden. Die Gefahr ist aber real, dass nach Unterzeichnung des Paktes jede Zurückweisung an der Grenze von den einschlägigen Nichtregierungsorganisationen und einer sich ausweitenden „Asylindustrie“ mit ihren Anwälten sowie Teilen der Medien als Verletzung bindender Abkommen, internationaler Menschenrechtsstandards und der Vorgaben der UNO bewertet werden wird. Man hat es zunächst mit einem „weichen Recht“ zu tun. Dieses Recht hat allerdings die Tendenz, „betonhart“ zu werden, wie die Zürcher „Weltwoche“ anmerkte. Moralische Empfehlungen würden in aggressive rechtliche Postulate umgegossen, und nach einer gewissen Zeit würden auch Gerichte den neuen „Konsens“ ihrer Rechtsauslegung zugrunde legen: „Weich wird hart, alles hinter dem Rücken des demokratischen Souveräns.“ Die Staaten werden ihre Gesetze nicht mehr eigenständig gestalten können. Deshalb das strikte Nein aus Wien, den USA und aus mehreren Hauptstädten in Osteuropa. „Der Pakt“, schrieb „Welt“-Kommentator Thomas Schmid, „beschwört in ungeheuer vielen Punkten die Bringschuld der aufnehmenden Staaten, so gut wie nie aber die der Migranten – und lässt sich auch deswegen als Programm zur Migrationsförderung missverstehen.“ Denn wenn eine illegale Einwanderung keine Sanktionen mehr nach sich ziehen soll – warum soll dann überhaupt noch zwischen illegaler und legaler Migration unterschieden werden? Fragen über Fragen, denen viele Regierungen, auch die deutsche, ausweichen. Und in der UNO selber ignoriert man eine Erklärung ihrer Menschenrechtskommission von 1997. In ihr heißt es: „Jegliche Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demografische Zusammensetzung einer Region, in der eine nationale, ethnische, sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern... ist rechtswidrig.“ Offenbar will man davon nichts mehr wissen.

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich*

### **03) Stephan Rauhut zur PHOENIX-Sendung „Heimat – Ostdeutschland“**

Betreff: Ihre Sendung " Heimat - Ostdeutschland"

Von: Stephan Rauhut <stephan.rauhut@schlesien-bonn.de>

Datum: 11.01.2019 14:03

An: [info@phoenix.de](mailto:info@phoenix.de)

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich wollte mich schon freuen, daß Sie eine Sendung über das historische Ostdeutschland, also Schlesien oder Ostpreußen bringen. Stattdessen machen Sie Mitteldeutschland zu Ostdeutschland. Was glauben Sie, warum es einen Mitteldeutschen Rundfunk gibt oder eine Mitteldeutsche Zeitung, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Auch wenn das historische Ostdeutschland heute nicht mehr zum deutschen Staatsgebiet gehört, so bleibt es doch historisch und kulturell Teil der gesamtdeutschen Geschichte und Identität. Und Mitteldeutsche werden nicht zu Ostdeutschen, bloß weil sich die Grenzen verschoben haben.



**Seite 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 742 vom 17.01.2019**

Im Übrigen war ein Teil des heutigen Freistaates Sachsen, Teil der alten preußischen Provinz Schlesien. Dies wird auch in der sächsischen Staatsverfassung gewürdigt. Diesen Aspekt gälte es ebenfalls angemessen zu würdigen, zumal das Schlesische

zu "DDR"- Zeiten unterdrückt wurde. Die Oberlausitz - auch die niederschlesische Oberlausitz sind nicht Ostsachsen, sondern sind das was sie sind. Oberfranken ist auch nicht Nordbayern.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Rauhut

---

Landsmannschaft Schlesien - Nieder- und Oberschlesien e.V. Stephan  
Rauhut  
Bundesvorsitzender  
Mitglied des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen  
Bundesgeschäftsstelle:  
Dollendorfer Str. 412  
53639 Königswinter

Telefon: +49 2244-92590

